

Westbalkan: EU-Erweiterung in der Krise

Wunsch, Natasha; Rappold, Julian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wunsch, N., & Rappold, J. (2010). *Westbalkan: EU-Erweiterung in der Krise*. (DGAP-Analyse kompakt, 6). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-380686>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

kompakt

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

August 2010 N° 6

Westbalkan: EU-Erweiterung in der Krise

von Natasha Wunsch und Julian Rappold



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Westbalkan: EU-Erweiterung in der Krise

von Natasha Wunsch und Julian Rappold

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat schwerwiegende Auswirkungen auf die ökonomische und politische Lage in ganz Europa. Die Länder des Westlichen Balkans leiden jedoch doppelt unter der aktuellen Situation: Die Krise verstärkt nicht nur die Erweiterungsmüdigkeit der EU-Mitglieder, sie gefährdet auch die über lange Jahre positive wirtschaftliche Entwicklung der Volkswirtschaften Südosteuropas. Der EU-Beitritt der Region rückt so in noch weitere Ferne. Dabei sollte die EU den Westlichen Balkan gerade jetzt stützen, um einer Destabilisierung der Region entgegen zu wirken. Eine gezielte Vergabe von vorhandenen EU-Mitteln sowie die Ausarbeitung einer Strategie in Anlehnung an »Europa 2020« könnte zur wirtschaftlichen Konsolidierung der Region beitragen. Diese sollte durch die Beschleunigung der kroatischen Beitrittsverhandlungen und die Gewährung des Kandidatenstatus an die übrigen Länder politisch flankiert werden.

Ein langwieriger Prozess

Eine europäische Perspektive wurde den Ländern des Westlichen Balkans¹ zum ersten Mal anlässlich des Zagreber Gipfeltreffens im November 2000 eröffnet. Der hier lancierte Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) sollte die Region schrittweise an die EU heranführen.² Im Juni 2003 bekräftigte ein gemeinsamer EU-Westbalkan-Gipfel in Thessaloniki die Beitrittsperspektive und gewährte sämtlichen Staaten der Region den potenziellen Kandidatenstatus. Auch definierte der Gipfel den SAP als einzigen Verhandlungsrahmen bis zum endgültigen EU-Beitritt aller Westbalkan-Länder. In einem zweistufigen Prozess handelt jeder Staat zunächst ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) aus. Dieses bietet die Grundlage für die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und dem entsprechenden Land und legt zudem Reformprioritäten auf politischer und wirtschaftlicher Ebene fest. Im Anschluss beginnt der eigentliche Beitrittsprozess: Er setzt mit dem Antrag auf formalen Kandidatenstatus ein und erstreckt sich über das Öffnen und Schließen der 35 Kapitel des *acquis communautaire* bis zum letztendlichen Beitrittsvertrag.

Angesichts des schleppenden Prozesses, bei dem in zehn Jahren Verhandlungen bisher nur Kroatien tatsächliche Erfolge vorweisen kann, äußerten die Westbalkan-Länder mehrfach den Bedarf nach einer Neuauflage des Thessaloniki-Gipfels.³ Im

Hinblick auf die anhaltenden, oft auch bilateralen politischen Probleme,⁴ die eine schnellere Integration der Westbalkan-Region bisher verhindert haben, forderten die Staaten der Region ein eindeutiges Bekenntnis zu ihrer Beitrittsperspektive. Der im Juni 2010 ausgerichtete EU-Westbalkan-Gipfel in Sarajewo enttäuschte jedoch die an ihn gestellten Erwartungen. Anstatt dem Beitrittsprozess neuen Schwung zu verleihen, wurde in den Schlussfolgerungen lediglich die europäische Zukunft des Westlichen Balkans wiederholt, ohne dass konkrete Zusagen gemacht wurden.

Die Zögerlichkeit der EU hat zwei wesentliche Gründe: Erstens brachte der nach einhelliger Auffassung verfrüht erfolgte EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens 2007 eine stärkere Betonung geltender Konditionalität mit sich. Die anhaltenden Probleme in beiden Ländern führten den Mitgliedsstaaten die Bedeutung einer eingehenden Prüfung der tatsächlichen Umsetzung verabschiedeter Gesetze vor Augen. Die derzeitige Schuldenkrise in der EU, die unter anderem im jahrelangen Aufweichen der Maastricht-Kriterien begründet liegt, verstärkte dieses Bewusstsein. So ist der Integrationsprozess des Westlichen Balkans von einer besonders deutlichen Forderung nach vollständiger Erfüllung sämtlicher Beitrittskriterien geprägt.

Zweitens lässt sie auf EU-Seite eine Fokussierung auf interne Angelegenheiten feststellen, bei der die Aufnahme neuer Mitglieder keine Priorität hat. Die

Aufmerksamkeit der EU ist derzeit völlig durch die Wirtschafts- und Finanzkrise beansprucht. Während die Staats- und Regierungschefs über Möglichkeiten der Vertiefung der europäischen Kooperation diskutieren, etwa in Form einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung, wird der Erweiterung der EU eine geringe Bedeutung beigemessen. Nicht zuletzt die Anpassungsschwierigkeiten bei der Umsetzung des Lissabon-Vertrags, gerade auch im Bereich der Außenpolitik, bestärken die Mehrheit der Mitgliedsstaaten darin, das Thema soweit wie möglich auszuklammern.⁵

Wirtschaftlicher Abschwung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat mit einer gewissen Verzögerung auch die Staaten des Westlichen Balkans erreicht. Nach einem Jahrzehnt beeindruckenden Wirtschaftswachstums in der gesamten Region mit jährlichen Wachstumsraten des realen BIP zwischen fünf und zehn Prozent markiert insbesondere das Jahr 2009 einen tiefen Einschnitt. Kroatien und Serbien, die größten Volkswirtschaften der Region, verzeichneten im Jahr 2009 mit -5,8 Prozent und -3,0 Prozent einen deutlichen wirtschaftlichen Abschwung. Auch Bosnien-Herzegowina (-3,4%) sowie Montenegro (-5,3%) wurden hart von der Wirtschaftskrise getroffen. Laut aktuellen Prognosen der Europäischen Bank für Wiederauf-

bau und Entwicklung (EBRD) muss im Westlichen Balkan für 2010 mit einer Verfestigung der angespannten wirtschaftlichen Lage gerechnet werden.⁶

Die Finanzwirtschaft im Westlichen Balkan ist zwar nur in geringem Maße in die globalen Finanzmärkte eingebunden, so dass die unmittelbaren Folgen der Finanzkrise zunächst ausblieben. Der mit der Finanzkrise einhergehende dramatische realwirtschaftliche Abschwung in der EU, dem wichtigsten Handelspartner der Westbalkan-Staaten, hat jedoch spätestens seit 2009 gravierende Auswirkungen auf die kleinen, mehrheitlich sehr offenen⁷ Volkswirtschaften der Region. Spill-Over-Effekte, die vom globalen wirtschaftlichen Abschwung ausgelöst wurden und auf die Region des Westlichen Balkans übergeschwappt sind, zeigen sich insbesondere in sinkenden Ausfuhren und fehlenden Auslandsinvestitionen (siehe Tabelle 1). Der Nachfragerückgang für Produkte aus dem Westlichen Balkan geht mit einem geringeren Produktionsniveau und sinkenden Steuereinnahmen einher. Da die Volkswirtschaften der Region nur über ein geringes wirtschaftliches Ausgangsniveau verfügen, ist mit einer deutlichen Verschlechterung der finanziellen Situation der Bevölkerung und einem Zuwachs der ohnehin bereits hohen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Arbeitslosenquote in Mazedonien lag 2009 bei 32,2 Prozent, in Bosnien-Herzegowina bei 42,7 Prozent.⁸

Tabelle 1: Wirtschaftliche Kennziffern

	BIP Wachstum in %*			Exporte in % des BIP**		Direkte Auslandsinvestitionen in % des BIP*	
	2008	2009	2010	2008	2009	2008	2009
Albanien	7	2,8	1,4	10,3	8,8	7,0	7,6
Bosnien-Herzegowina	5,4	-3,4	0,3	36,8	31,9	5,4	2,9
FYR Mazedonien	4,8	-0,7	2,2	50,9	38,8	6,3	2,5
Kosovo	-	-	-	14,9	14,1	-	-
Kroatien	2,4	-5,8	0,3	41,9	36,1	6,8	2,0
Montenegro	7,0	-5,3	0,1	39,6	-	17,2	33,4
Serbien	5,5	-3,0	2,1	29,6	26,0	5,3	4,2

* Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Für 2010 handelt es sich um Schätzungen.

** Europäische Kommission, in: European Candidate and Pre-Accession Countries Economic Quarterly, 8.7.2010.

Das Wachstumsmodell des Westlichen Balkans vor der Finanzkrise stützte sich auf zwei grundlegende Säulen: zum einen den steigenden Konsum sowie wachsenden Außenhandel, zum anderen maßgeblich auf den Kapitalimport. So trugen insbesondere ausländische Direktinvestitionen und eine stark ansteigende private Auslandsverschuldung zur Finanzierung des Wachstums bei und glichen die stark defizitären Leistungsbilanzen aus.⁹ Als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise nehmen diese Investitionen nun drastisch ab. Allein in Kroatien und Mazedonien sank ihr Anteil am BIP um jeweils ca. fünf Prozent.¹⁰ Als Konsequenz stehen die Regierungen vor dem schwierigen Problem der Deckung ihrer Leistungsbilanzdefizite und der damit einhergehenden Finanzierung einer immer stärker wachsenden Auslandsverschuldung. So wird etwa in Kroatien die private und öffentliche Verschuldung insgesamt nach ersten Schätzungen der heimischen Zentralbank in diesem Jahr 100 Prozent des BIP erreichen.¹¹

In einigen Staaten des Westlichen Balkans, insbesondere in Albanien sowie in Bosnien-Herzegowina, leisten Gastarbeiter durch ihre Überweisungen einen großen Beitrag zum BIP ihrer Heimatländer (siehe Tabelle 2). In Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise können sie ihre Verwandten in der Heimat jedoch nicht mehr in dem Maß unterstützen, wie sie es zuvor getan haben.¹² Dadurch sinkt die Nachfrage nach privaten Konsumgütern, für die die Überweisungen hauptsächlich verwendet werden.

Zuletzt ist festzustellen, dass die Verfügbarkeit von Krediten auf dem Westlichen Balkan eingeschränkt und die Kreditvergabe generell erschwert wurde. Darunter leiden die lokalen Unternehmen und der private Konsum, die maßgeblich für die wirtschaftliche Erholung sind. Die Ursache für Kreditknappheit liegt im hohen Marktanteil besonders griechischer und österreichischer Banken, die von den Turbulenzen auf den globalen Finanzmärkten besonders stark getroffen wurden.

Insgesamt ist der Westliche Balkan somit nicht von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise verschont geblieben. Dabei sind die Ausprägungen der verschiedenen Faktoren, die zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation beigetragen haben, teils unterschiedlich; in der Tendenz lassen sich jedoch in der gesamten Region ähnliche Entwicklungen feststellen (siehe Tabelle 1 und 2). Es zeigen sich strukturelle Schwächen wie unflexible Arbeitsmärkte, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und unzureichende Infrastruktur, die schmerzhaft Anpassungen notwendig machen werden. Mittelfristig müssen die Staaten des Westlichen Balkans eine solide Finanzpolitik mit dem Fokus auf effizientere und wirksamere Ausgaben gewährleisten. Das bisherige Wachstumsmodell mit einer allzu starken Abhängigkeit von Fremdkapital und vom Außenhandel sowie einer wachsenden Auslandsverschuldung ist an seine Grenzen gestoßen. Nachhaltigkeit muss in Zukunft eine zentrale Rolle spielen, damit das Wirtschaftswachstum sich auch in den

Tabelle 2: Soziale und wirtschaftliche Kennziffern

	Arbeitslosenquote in%**		Gastarbeiterüberweisungen in% des BIP***	Leistungsbilanz in% des BIP**	
	2008	2009		2008	2009
Albanien	12,8	13,0	12,2	-15,4	-15,1
Bosnien-Herzegowina	40,6	42,7	14,8	-15,1	-7,5
FYR Mazedonien	33,8	32,2	4,3	-12,7	-7,2
Kosovo	47,5	-	12,1****	-16,0	-18,6
Kroatien	13,2	14,9	2,3	-9,3	-5,4
Montenegro	10,7	11,4	-	-50,7	-29,1
Serbien	14,7	17,4	11,1	-17,8	-6,0

** Europäische Kommission, in: European Candidate and Pre-Accession Countries Economic Quarterly, 8.7.2010.

*** Weltbank.

**** Europäische Kommission, Fortschrittsbericht 2009 für Kosovo.

Beschäftigungsquoten und dem Einkommen der Bevölkerung widerspiegelt.

Politische Folgen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise gefährdet jedoch nicht nur das beachtliche Wirtschaftswachstum der letzten Jahre und die damit verbundenen Anstrengungen. Sie ist auch ein Lackmустest für die Krisenresistenz der institutionellen Arrangements der Region. Sinkende Produktionsniveaus und Steuereinnahmen sowie eine zunehmende Auslandsverschuldung stellen die Regierungen vor große Herausforderungen und lassen ihnen nur wenig Raum für geld- und finanzpolitische Gegenmaßnahmen. Steigende Arbeitslosigkeit sowie wachsende Armut zeichnen sich als Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise ab.

Wie ernst die Lage wirklich ist, zeigt auch die schnelle Rückkehr des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf den Westlichen Balkan. Gerade einmal ein Jahr, nachdem die Hilfsprogramme für den Transformationsprozess ausliefen, waren mit Serbien sowie Bosnien-Herzegowina bereits wieder die ersten Staaten gezwungen, den IWF um Hilfe zu ersuchen. Nach den großen Reformbestrebungen der vergangenen Jahre ist dies ein herber Rückschlag. Serbien erhält im Rahmen eines Stand-By-Abkommens insgesamt 4 Milliarden Euro,¹³ Bosnien-Herzegowina 1,5 Milliarden Euro.¹⁴ Auch einige andere Staaten der Region erwägen aufgrund der weiterhin angespannten Wirtschaftslage, den IWF um finanzielle Hilfe anzurufen.¹⁵ Eine solche Unterstützung ist jedoch an strenge Konditionalitäten insbesondere im Bereich der Haushaltskonsolidierung und administrativer Reformen gebunden, die erhebliche Auswirkungen auf den institutionellen und wirtschaftlichen Rahmen des Landes haben können. Einschnitte bei Sozialleistungen und Renten sind besonders wahrscheinlich. Es besteht somit die Gefahr, dass die wirtschaftliche Konsolidierung auf Kosten selbst der notwendigsten Reformen durchgeführt wird. Soziale Einschnitte könnten zudem das Vertrauen in die Institutionen nachhaltig schwächen. Gepaart mit einem steigenden Nationalbewusstsein wäre so im schlimmsten Fall eine erneute Destabilisierung der Region vor der Haustür der EU denkbar.

Wege aus der Krise

Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und deren Niederschlag auf die Realwirtschaft haben die Westbalkan-Erweiterung der EU in Brüssel in den Hintergrund rücken lassen. Dabei ist das Engagement der EU in der Region gerade jetzt von besonderer Bedeutung: Anstatt sich vollständig von internen Entwicklungen vereinnahmen zu lassen, sollte die EU gerade in der Krise ihre Handlungsfähigkeit demonstrieren und einem Zurückgleiten des Westlichen Balkans in die konfliktreiche Vergangenheit aktiv entgegenwirken.

Bisher hat die EU neben den finanziellen Mitteln aus dem europäischen Instrument der Heranführungshilfe (IPA), welche den Staaten des Westlichen Balkans unabhängig von der Wirtschafts- und Finanzkrise zur Verfügung steht, im Februar 2009 zusätzlich ein einmaliges »Crisis Response Package« verabschiedet. Dieses Paket soll die Volkswirtschaften der Region durch die gezielte Vergabe von Krediten und Investitionen in Höhe von 150 Millionen Euro beleben.¹⁶ Auch im Rahmen der Makrofinanzhilfe wurden beispielsweise von Serbien sowie Bosnien-Herzegowina Hilfen in Anspruch genommen, um eine kurzfristige Haushaltskonsolidierung zu gewährleisten. Zudem hat die EU ihr finanzielles Engagement im Rahmen des IWF weiter verstärkt, um dessen Kapazitäten zur Unterstützung der von der Wirtschafts- und Finanzkrise betroffenen Staaten zu erhöhen. Obgleich somit das Engagement von IWF und EU von einem Bewusstsein für die derzeit prekäre Lage im Westbalkan zeugt,¹⁷ ist es notwendig, die bisherigen Maßnahmen auszudehnen und durch gezielte Initiativen zu ergänzen.

Zunächst ist es wichtig, alle verfügbaren EU-Mittel für die Region zu mobilisieren und ihren Abruf durch die Westbalkan-Staaten zu erleichtern. Bisher führt die durch institutionelle Schwäche bedingte geringe Aufnahmefähigkeit der Region dazu, dass ein großer Anteil der IPA-Heranführungshilfe ungenutzt bleibt. Durch gezielte Twinning-Maßnahmen könnte die EU den vollständigen Mittelabruf unterstützen und so die Gesamtsumme vorhandener Hilfen erhöhen, ohne zusätzliche Hilfen zur Verfügung stellen zu müssen. Zudem sollte die IPA-

Mittelvergabe flexibler gehandhabt werden. Bisher können potenzielle Kandidaten nur in zwei von fünf Bereichen – »Institution-Building« und grenzüberschreitende Zusammenarbeit – Gelder abrufen. Stattdessen wäre es sinnvoll, auch die Finanzierung von Projekten der regionalen und ländlichen Entwicklung sowie für Initiativen im Bereich Humankapital und der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung zu ermöglichen, die bisher offiziellen Kandidatenstaaten vorbehalten ist. Entscheidend wäre in jedem Fall, effektive Kontrollmechanismen gegen die noch immer weit verbreitete Korruption einzusetzen, um sicherzustellen, dass die Gelder auch den erklärten Zwecken zugute kommen.

Über die effizientere Verwendung existierender Mittel hinaus sollte eine regionale Strategie zur wirtschaftlichen Erholung und Entwicklung in Anlehnung an die Strategie Europa 2020 zügig entwickelt und umgesetzt werden. Anlässlich des Sarajewo-Gipfels wurde eine solche zwar im Prinzip beschlossen; es wurden jedoch bisher keine Folgemaßnahmen getroffen. Neben dem Streben nach Innovation und Nachhaltigkeit wäre hierbei vor allem das Konzept des integrativen Wachstums, also einer Förderung eines hohen Beschäftigungsniiveaus bei gleichzeitigem sozialem und territorialem Zusammenhalt, für den Westlichen Balkan ein Gewinn. Bei der Umsetzung der Strategie wäre eine starke Einbindung des Regionalen Kooperationsrates (RCC) wünschenswert, um sowohl die Eigenverantwortung im Sinne des »local ownership« als auch die Komponente der regionalen Zusammenarbeit zu fördern. Eine solche regionale Koordination würde zudem die Kompatibilität mit existierenden nationalen Strategien sicherstellen.

Auf politischer Ebene sollte die EU durch konkrete Schritte das Beitrittsversprechen für den Westlichen Balkan greifbarer machen. Kroatiens Beitrittsverhandlungen sollten nach der beschlossenen Beilegung des Grenzstreits mit Slowenien rasch abgeschlossen und der Beitrittsvertrag zügig

von allen Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Dies würde ein wichtiges Zeichen für die übrigen Westbalkan-Staaten setzen, dass ihre eigenen Reformanstrengungen belohnt werden. Unter Wahrung ihres meritokratischen Ansatzes sollte die EU zudem die vorliegenden Anträge auf Kandidatenstatus positiv bescheiden. So würde dem Beitrittsprozess neuer Antrieb verliehen und ein Reformklima geschaffen, das derzeit durch die ökonomische Entwicklung stark strapaziert ist. Eine eindeutiger Festlegung der Bedingungen für weitere Fortschritte im Beitrittsprozess würde zudem den Regierungen deutlichere Anhaltspunkte für zukünftige Reformagenden bieten und deren Umsetzung erleichtern. Zudem würde eine transparentere Benennung der Kriterien Bevölkerung und Zivilgesellschaft erlauben, die Maßnahmen ihrer Regierungen kritisch zu beurteilen. Der Prozess der Visaliberalisierung war in diesem Hinblick ein nachahmenswerter Ansatz.¹⁸

Wirtschaftliche Stabilität ist die Grundlage für politischen Fortschritt – diese Erkenntnis zieht sich durch die gesamte Entwicklung der EU. Sie sollte daher die möglichen politischen Folgen einer wirtschaftlichen Destabilisierung des Westbalkans nicht unterschätzen. Die Staaten Südosteuropas in der Krise allein zu lassen, würde nicht nur die Erfolge der letzten zehn Jahre leichtsinnig aufs Spiel setzen, sondern auch die Glaubwürdigkeit der EU nachhaltig schwächen. Durch ein beherztes Eingreifen im Westlichen Balkan könnte die EU hingegen einen nachhaltigen Transformationserfolg in ihrer Nachbarschaft erringen und so ihren Anspruch auf eine Rolle als zentraler regionaler Spieler zementieren.

Natasha Wunsch ist Programmmitarbeiterin im Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der DGAP.

Julian Rappold, University of Bath, war im Sommer 2010 Praktikant im Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der DGAP.

Anmerkungen

- 1 Unter diesen Begriff fallen heute Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien sowie das aufgrund der Uneinigkeit unter den Mitgliedsländern nur unter UN-Resolution 1244 anerkannte Kosovo.
- 2 Schlussfolgerungen des EU-Westbalkan-Gipfels, Zagreb, 24. November 2000, <http://ec.europa.eu/enlargement/enlargement_process/accession_process/how_does_a_country_join_the_eu/sap/zagreb_summit_en.htm> (abgerufen am 9.7.2010).
- 3 Vgl. etwa Jovan Teokarevic, Vreme je za »Solun 2«, in: Danas, 7.6.2009, <http://www.danas.rs/dodaci/vikend/vreme_je_za_solun_2.26.html?news_id=163242> (abgerufen am 9.7.2010).
- 4 Beispielsweise der griechisch-mazedonische Namensstreit, die von Serbien angefochtene Unabhängigkeit des Kosovo oder der Grenzkonflikt zwischen Kroatien und Slowenien.
- 5 Einer der wenigen uneingeschränkten Verfechter der Erweiterung ist Großbritannien, das einen solchen Schritt allerdings vor allem eine Alternative zu einer weiteren Vertiefung der EU begreift.
- 6 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Mai 2010, <http://www.ebrd.org/downloads/research/economics/forecast_table.pdf> (abgerufen am 12.7.2010).
- 7 Gemessen am Anteil der Exporte im BIP, siehe Tabelle 1.
- 8 Europäische Kommission, EU Candidate and Pre-Accession Countries Economic Quarterly, 8.7.2010, <http://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/cpaceq/documents/cceq_2010_q2_en.pdf> (abgerufen am 19.7.2010)
- 9 Vgl. Kirk Mildner, Der Westliche Balkan in den Fängen der Finanzkrise, in: Südosteuropa Mitteilungen 1/2009.
- 10 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, <<http://www.ebrd.org/pages/research/analysis/forecasts.shtml>> (abgerufen am 12.7.2010).
- 11 Vgl. Marko Biočina, 2010 – a year of crisis and the turning of the tide, in: Nacional Neovisni News Magazine, <<http://www.nacional.hr/en/clanak/50426/12010-a-year-of-crisis-and-the-turning-of-the-tide>> (abgerufen am 12.7.2010). Die Europäische Kommission ist sich über die Schwere der Auslandsverschuldung Kroatiens bewusst und fordert in ihrem Fortschrittsbericht 2009 umfassende Reformen zur Konsolidierung. Trotzdem wird Kroatien als funktionierende Marktwirtschaft angesehen, die dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standhalten kann. Folglich ist die Schwere der Auslandsverschuldung kein Kriterium, um Kroatien den EU-Beitritt zu verwehren. Lediglich die Maastricht-Kriterien zur Aufnahme in die Euro-Zone sind unter den aktuellen Voraussetzungen nicht erfüllt.
- 12 Vgl. Jens Bastian, Falling Behind Again? Southeast Europe and the Global Crisis (ELIAMEP Thesis), Athen, März 2009.
- 13 Vgl. Internationaler Währungsfonds, <<http://www.imf.org/external/np/ms/2007/110607.htm>> (abgerufen am 12.7.2010).
- 14 Vgl. Internationaler Währungsfonds, <<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2009/pr09258.htm>> (abgerufen am 12.7.2010).
- 15 Vgl. Paul Stubbs und Moises Venencio, Compounding the Crisis? International Assistance in the Western Balkans, in: Journal on European Perspectives of the Western Balkans, Oktober 2009, S. 46.
- 16 Vgl. Europa Press Releases RAPID, EU approves €100 million in budget support for Serbia and a € 85 million financial crisis package for the Western Balkans and Turkey, <<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1213&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>> (abgerufen am 12.7.2010).
- 17 EBRD, EIB und Weltbankgruppe stimmen ihre Aktivitäten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa im Rahmen eines gemeinsamen Aktionsplans ab. Zudem wird in dem Abkommen eine Koordinierung mit dem IWF und mit EU-Programmen angestrebt.
- 18 Vgl. Heather Grabbe, Gerald Knaus und Daniel Korski, Beyond wait-and-see: the way forward for EU Balkan policy (European Council on Foreign Relations), Mai 2010.

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
 Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
 © 2010 DGAP